



Bezirk Land Bremen

Erklärung des ver.di Bezirksvorstand Land Bremen zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind die umfassendsten Angriffe auf den Sozialstaat seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Auswirkungen werden nicht nur die Erwerbslosen treffen sondern alle Beschäftigten. Denn diese geraten unter massive Konkurrenz der Billig-Anbieter von Arbeitskraft, Leiharbeitern und Scheinselbstständigen, die Tarife unterlaufen. 6 Milliarden Euro will die rot-grüne Regierung einsparen. Unter anderem sind massive Einschnitte bei der Arbeitslosenhilfe und gekürzte Bezüge für Erwerbslose, die sich weiterbilden, geplant. Und alle, die jetzt schon zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, werden demnächst erleben, dass ihr Einkommen noch weiter sinken kann.

Die Lebensbedingungen der Arbeitslosen werden sich weiter verschlechtern: Kürzungen der Lohnersatzleistungen, verschärfter Druck zur Annahme mieser Jobs, erzwungene Berufswechsel, weitere Deregulierung des Beschäftigungssystems durch Ausweitung unsicherer Niedriglohn- und Dienstbotenbeschäftigung, Repressalien bis hin zum erzwungenen Umzug an irgendeinen Ort der Republik, Förderung neuer Formen von Scheinselbstständigkeit („Ich-AG“).

Die Vorschläge der »Hartz-Kommission« werden gegenwärtig als Gesetze im Eiltempo durchgepeitscht, damit sich möglichst kein Widerstand formiert. Deshalb verpaßt der Kanzler den Gewerkschaften Maulkörbe: *»Die Vorschläge dürfen jetzt nicht zerredet werden.«*

Die Arbeitslosigkeit ist kein Vermittlungsproblem. Sie ist ein Problem dieser »Marktwirtschaft«. Die Folgen: Zirka 7,5 Mill. Arbeitssuchende zählen wir zur Zeit, davon 4 Millionen beim Arbeitsamt gemeldet. Doch nach der Logik des Hartz-Konzeptes sind nicht die fehlenden Arbeitsplätze das Problem, sondern Vermittlungsprobleme, die deren Besetzung verhindern. Und die liegen - aus der Sicht der Hartz-Gutachter - vor allem darin begründet, dass Erwerbslose zu teuer, zu wenig motiviert und »Faulenzer« (Schröder) sind. Begutachtet wird aus der Sicht derer, die die Massenarbeitslosigkeit zu verantworten haben.

Den Mitgliedern sagen, was auf die abhängig Beschäftigten zukommt.

Der ver.di Bezirk Land Bremen fordert dass ver.di und der DGB ihre Unterstützung für die Hartz-Pläne zurückziehen. Statt dessen müssen die Gewerkschaftsmitglieder, Beschäftigten und Arbeitslosen über die Hartz-Pläne aufgeklärt und dagegen mobilisiert werden.

Das ganze Programm schafft keine Arbeitsplätze, sondern vernichtet tarifliche Normalarbeitsverhältnisse. Die Arbeitslosenstatistik wird sinken, nicht aber die Arbeitslosigkeit. Es ist ein Konzept, *„um Druck auf die Löhne und Druck auf die Arbeitsbedingungen nach unten auszuüben“* (Frank Bsirske). Es führt zur Entsolidarisierung in den Betrieben, zur Vertiefung der Spaltung von Beschäftigten und Arbeitslosen und letztlich zur Schwächung der Gewerkschaften. Wenn die Gewerkschaften den Beschäftigten und den Arbeitslosen nicht reinen Wein einschenken über die arbeiterfeindlichen Vorschläge der Hartz-Kommission, werden sie einen Vertrauensverlust erfahren, der an die Substanz geht.

Unterstützt den Aufruf „ NEIN zu Hartz

Bremen, den 18. Dezember 2002
ver.di -Bezirksvorstand Land Bremen